

Saale-Zeitung.

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Wg., solche aus Halle mit 15 Wg. berechnet und in der Expedition von allen Anzeigen abgezogen.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. [Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Aufstellung 2,75 M., durch die Post 3 M., ansonsten 2 M., ohne Frachtgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5882 des amtl. Zeit.-Verz. (Sprengelverbindungsamt mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Nr. 285. Halle a. d. Saale, Mittwoch den 21. Juni 1893.

Deutsches Reich.

Berlin, 20. Juni. Der Kaiser wird, wie es heißt, bis Ende dieser Woche in Kiel verbleiben. Auch während seiner Anwesenheit in Kiel wird der Kaiser die regelmäßigen Besuche entgegen und erwidert die laufenden Regierungsgeschäfte. Die Verkäufe, die seit dem 1. Juni in Kiel stattgefunden haben, sind ebenfalls nach Kiel begeben. Seit dem 1. Juni sind die Besuche des Kaisers in Kiel, ohne Unterbrechung, fortgesetzt worden. Am 9. Juni in der Schloßmühle, am 10. Juni in der Schloßmühle, am 11. Juni in der Schloßmühle, am 12. Juni in der Schloßmühle, am 13. Juni in der Schloßmühle, am 14. Juni in der Schloßmühle, am 15. Juni in der Schloßmühle, am 16. Juni in der Schloßmühle, am 17. Juni in der Schloßmühle, am 18. Juni in der Schloßmühle, am 19. Juni in der Schloßmühle, am 20. Juni in der Schloßmühle.

in den einzelnen Wahlkreisen und die tatsächliche Aufstellung anderer Parteien gegenüber der Nationalliberalen sind hierfür zu berücksichtigen. Die einzelnen Wahlkreise werden je nach dem örtlichen Verhältnis und Bedürfnissen die richtige Stellungnahme schon zu finden haben. Als allgemeine, durch die gegenwärtige Situation gebotene Richtschnur wird darauf hingewiesen, daß in erster Linie kein Freund der Militärreform Unterstützung gewährt werden müsse. In der Stichwahl zwischen zwei Gegnern der Militärreform wird man im allgemeinen einen Kandidaten der bürgerlichen Parteien gegenüber einem Sozialdemokraten den Vorzug geben, selbstverständlich vorausgesetzt, daß jene auch ihrerseits lokale und öffentliche Gegenfeitigkeit im Kampfe zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten woltzen lassen.

nicht etwa heißen, daß Dr. Dr. Alexander Meyer die Militärreform auch ohne zweiwöchigen Dienstzeit annehmen möchte, aber bereit wäre, die zweiwöchige Dienstzeit wiederholt nach einem Jahre wieder abzuschaffen. Nach dem Antrag v. Quene werde die zweiwöchige Dienstzeit gesetzlich festgelegt auf die Dauer von fünf Jahren, d. h. auf die Zeit, für welche die erhöhte Wehrfähigkeit bewirkt wird. Der Antrag könne sich also nicht darum drehen, ob die zweiwöchige Dienstzeit überhaupt gesetzlich festgelegt wird, sondern es handle sich lediglich darum, ob die zweiwöchige Dienstzeit für immer gesetzlich festgelegt werden solle; kein Mensch denke aber daran, so lange die erhöhte Wehrfähigkeit bestände, an der zweiwöchigen Dienstzeit zu rütteln. In der ersten Wählerverammlung, die in Halle diesmal abgehalten wurde, habe Hr. Dr. Alexander Meyer ausdrücklich in dieser Hinsicht erklärt: „Ich halte die Sache auch nicht für so überaus wichtig, denn ich bin fest überzeugt, wenn die zweiwöchige Dienstzeit einmal durch einen fünfjährigen Zeitraum bestanden hat, wird es schließlich unmöglich sein, auf die dreiwöchige Dienstzeit zurückzugreifen. Ich halte es in der Politik für richtig, ein Angebot, das gemacht wird, möglichst festzuhalten, den Schwung in der Hand zu nehmen und dabei das Auge auf die Laube auf dem Dinge fest gerichtet zu halten. Ich würde es in der That für einen großen Gewinn halten, wenn es gelänge, in das Gesetz einen Paragraphen einzufügen, durch den die zweiwöchige Dienstzeit für immer eingeführt würde, wenn unter dieser Voraussetzung es gelingen würde, eine große Majorität für die Militärreform zu gewinnen.“ Damit ließe bereits alle Einwendungen geboten, die man etwa gegen die Erklärungen Dr. Alexander Meyer's machen könnte. Die Wiedereinführung der Dienstzeit bedinge eine Änderung der Verfassung, gesetzlich werde aber die zweiwöchige Dienstzeit mit dem Antrag v. Quene gleichzeitig angenommen, wie allen klar sein müsse, welche der Antrag mit Rücksicht durchführt. — Von Hrn. Dr. v. v. wurde betont, daß es notwendig sei, öffentliche Aufklärung zur Befestigung eines herbertretenden Mißverständnisses zu geben. Eine Fassung mit sozialdemokratischen Kreisen habe, wisse, daß es den Sozialdemokraten nicht möglich sei, in der Stichwahl eine Stimme mehr aus dem eigenen Lager herbeizubringen, deshalb suchten die Sozialdemokraten Zutritt zu ihm, um möglichst sich freistimmige Stimmen zu erobert. Die Gefahr eines Erfolges dieser Bestimmungen werde genügende Aufklärung beseitigen. — Dr. Oberlehrer Dr. Richter legte dar, daß die in Rede stehenden Erklärungen des Herrn Dr. Alexander Meyer in allen Punkten auf dem Boden des Programms der reformierten Partei stehen, und daß man in sozialdemokratischen Versammlungen nur Versuche durch Verbreitung der Tatsachen zu tätigen. Was den Punkt 8 der Meyer'schen Erklärung, den von der Regierung bereits vorgelegten Gesetzentwurf über Änderung des Gesetzes über den Unterhaltungsbedarf betreffe, sei hervorzuheben, daß die Regierungsvorlage nicht das Wesen der Freizügigkeit treffe, sondern nur eine Ausdehnung des Unterhaltungswohlfühlens herbeiführe, ein Umstand, welcher keine Beschränkung, sondern eine Garantie der Freizügigkeit liege. Hinsichtlich der Militärreformsvorlage so gefastet, daß nach der eigenen Erklärung Meyer's alle Parteien des alten Reichstages, die Sozialdemokraten nicht ausgenommen, derselben zugestimmt haben würden, wenn sie vor der Einführung noch zur Abstimmung gebracht würde. — Als grundsätzlicher Anhänger der zweiwöchigen Dienstzeit, so erklärte Hr. Antsegerich auch die Rede, wolle Dr. Dr. Alexander Meyer natürlich durchaus nicht diesen Grundsatze unterwerfen, wenn er bemerken im Angebotsfeld auch nicht solche Geltung verdienen könne, wie es von linksseitigen Parteifreunden gewünscht werde. Dr. Prof. Dr. v. Jünger führte aus, daß die Parteien vor der Frage stehen, ob sie ihre Sonderinteressen höher als die Interessen des Vaterlandes stellen. Die Erklärungen des Hrn. Dr. Alexander Meyer liege nichts weiter als eine Formfrage, die gar nicht weiter in Betracht kommen könne. Die dauernde Festlegung der zweiwöchigen Dienstzeit für nur durch eine Verfassungsänderung möglich. Genau so gut, wie jetzt einer Verfassungsänderung zu Gunsten der zweiwöchigen Dienstzeit zugestimmt werden würde, könne nach Ablauf von 5 Jahren, sofern, was nicht zu wünschen sei, eine Majorität hierfür im Reichstage vorhanden sein würde, die Beschaffung abermals abgeändert und die dreiwöchige Dienstzeit wiederum eingeführt werden. Daran sei aber nicht zu denken; sofern die zweiwöchige Dienstzeit nur erst 5 Jahre bestanden habe, werde sie ein unüberwindliches Gut des deutschen Volkes geworden sein, ebenso wie das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht ein unüberwindliches Gut des deutschen Volkes geworden ist. Ganz unüberwindlich sei die Regierungsvorlage wegen Abänderung des Unterhaltungswohlfühlens, weil diese Abänderung keine Beschränkung, sondern eine Beförderung der Freizügigkeit bedeute und ein großes Verdienst der liberalen Partei in sich schließe. Ebenso liege die übrigen Punkte der Meyer'schen Erklärung gleich unüberwindlich, theils lägen sie, wie z. B. die weitere Entwicklung des Fach- und Fortbildungswesens, im Rahmen der Bestrebungen der liberalen Partei. Es handle sich bei der bevorstehenden Stichwahl doch lediglich um die Frage, ob unter Wahlkreisen in den Händen der Sozialdemokratie befallen werden soll, oder ob er gelegt werden soll in die Hände eines Mannes, der bereit sei, für die Ehre und den Schutz des Vaterlandes einzustreten und treu zur liberalen Sache bleiben werde, wie er sehr häufige Besuche und ein ganzredliches der liberalen Partei gewesen ist. — Der Volksangeh. Hr. Rechtsanwalt C. E. betonte zum Schluß die Notwendigkeit, bei der Stichwahl Mann für Mann anzutreten, also etwa vorgedachten persönlichen Empfindungen zu unterbreiten, und die Sozialdemokraten aus dem Wahlkreise zu verdrängen und Dr. Meyer zum Siege zu verhelfen; wie die Sozialdemokraten sicher ausnahmslos an der Wahlurne erschienen wären, dürfte auch auf unserer Seite kein Untergrund vorbestehen werden, jeder müsse seine Kräfte einsetzen, um den Sieg herbeizuführen. Mit einem dringenden Rufe auf den Kaiser selbst die Bestimmung.

Das Abgeordnetenhaus wird am 27. Juni die zweite und letzte Abstimmung über das Wahlgesetz vornehmen und alsdann den Antrag Johansen betr. die dänische Sprache in der Volksliste im Zusammenhang mit einem bezüglichen Bericht der Petitions-Kommission, sowie die Anträge Gabels und v. Scheffer betr. die Stasellkarte beraten.

Am Freitag, 23. d., findet eine gemeinschaftliche Sitzung des Evangelischen Oberkirchenrathes mit dem General-Synodal-Vorstande statt. Am Abend vorher wird der letztere unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden, General-Superintendenten D. Schulze, zu einer Beratung zusammenzutreten.

Die Bonada-Duelle im oberhessischen Gelnigler Bergreviere, mit welcher das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus sich bereits mehrfach beschäftigt haben, dürfte ihre rechtliche, klare Befestigung in nächster absehbarer Zeit nicht mehr bloß durch den Reichstag, sondern durch einen Beschluß von mehreren Reichspräsidenten löst zu sein. Seitdem auf Anordnung der Reichspräsidenten im Jahre 1880 unter Anwendung des § 198 des Allgem. Berggesetzes, welche Bestimmung über „den Schutz gegen gemeinschaftliche Einwirkungen des Bergbaues“ trifft, die Arbeit für 46 Steinlocher und 24 Feilezgruben ein- und unterlagert ist, haben die Bergleute sich, wie die „Berg“-Mittheilung, sehr wesentlich verändert. Die Arbeiterverfassung für den nordhessischen oberhessischen Industriebezirk ist und wird zum größten Theile aus neu erbobenen Quellen bei Biberach bewirkt, und es scheint, daß in den entscheidenden Regierungskreisen die Einsicht zum Durchbruch gelangt, daß es dem Staatsinteresse nicht entspricht, einen Höhenraum von reichem Holzbestande, der ungenügend nach den neuesten Bestimmungen 24000 ha oder ein Areal von 109 Maximalgrubenbesitzern umfaßt, einer einzigen Quelle wegen löst zu legen, weil diese Quelle bereits zur Arbeiterverfassung Verwendung finden sollte, aber seit 1880 nicht gefunden hat. Dieses durch eine einfache Berggesetz-Veränderung seit 13 Jahren todtgelegte Berggebiet ist ungenügend an Größe dem sog. oberhessischen Industriebezirk von Wüstowitz bis Beuthen und Jöhrle gleich, auf welchem 1892 mehr als 15 Mill. Tonnen Kohlen gefördert wurden und gegen 50.000 Arbeiter Beschäftigung finden. Welcher Bestand an Holzbeständen durch die Maßnahme der Königl. Regierung entsteht, ist unübersehbar, und es ist, wie das angeführte Blatt betont, die allerhöchste Zeit, daß der Reichstag sich entschließen würde, welcher unter höchst zweifelhafter Berechtigung dies verhandelt hat. Zur Wasserentnahme aus der Bonada-Duelle steht gegenwärtig nur noch die Stadt Gelnig in Frage, da der übrige Bezirk von dem reichlich erbobenen Wasser in Gelnigshofen durch die Königl. Regierung verlagert werden soll. Diese Kommune wird es aber schwerlich wagen, das Wasser aus der Bonada-Duelle zu beanspruchen, da sie sich den Reichspräsidenten von 70 Gruben gegenübergestellt hat, welche sie ersatzfähig für den Schaden machen werden, welcher ihnen aus der Beschädigung der Holzbestände ihres Berggebietes erwächst. Eine große Anzahl von Holzbesitzern und Gruben hat sich neuerdings an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gemeldet, um nochmals die Aufhebung der ungelöbten Holzgesetz-Verordnung von 1880 zu erbitten. Es ist wohl kein Zweifel mehr zu haben, daß die Bitte von Erfolg sei, und einer mehrerhöhten Kamalität damit ein Ende bereitet wird.

Münster, 20. Juni. Die Königin-Regentin und die Prinzen der Niederlande reisten gestern Abend nach Vollen ab.

Weimar, 20. Juni. Der Reichskommissar Dr. Karl Peters wurde gestern vom Großherzog von Sachsen-Weimar in Audienz empfangen und darauf zur Tafel gezogen.

Marine-Ansicht. S. M. Kreuzerfregatte „Marie“ ist am 17. Juni in Vma Hergel eingetroffen und beabsichtigt am 20. Juni nach Guayaquil und Panama in See zu gehen.

Zu den Wahlen.

Halle, 21. Juni. Im kleinen Saale des Einbürgerungs-Rathes hat gestern eine gemeinsame Versammlung der Ob- und Vertrauensmänner des Liberalen und des Nationalliberalen Vereins statt, in welcher zunächst organisatorische Angelegenheiten erledigt wurden. Die Thatsache, daß alle Ob- und Vertrauensmänner, besonders auch diejenigen, welche dem am weitesten links stehenden Flügel des Liberalen Vereins angehören, freudig und ohne Vorbehalt ihre Mitarbeit zugesagt, um die Wahl des Kandidaten der Vereinigten Liberalen, Hrn. Dr. Alexander Meyer, herbeizuführen, legte am bedeheltesten Zeugniß von der Einheit im liberalen Lager ab. Es wurde aber ausdrücklich, um den von sozialdemokratischer Seite internenommenen Verleumdungen, Anknüpfungen zu vermeiden, energig entgegenzutreten, der Wunsch laut, etwaige Mißverständnisse auszugleichen zu sehen, die etwa entstehen könnten infolge der von den konservativen Parteien veröffentlichten Erklärung über das, was Hr. Dr. Alexander Meyer hinsichtlich der Militärreform sagte hat. Dr. Professor Dr. v. Köhler hat sich für die Unterstützung des Herrn Dr. Alexander Meyer erklärt. „Ich werde für die Militärreform im Umfange des Antrages v. Quene auch ohne gesetzliche Bestimmung der zweiwöchigen Dienstzeit stimmen.“ Das solle nun

eines der interessantesten Ergebnisse der Reichstagswahlen ist der in ihnen liegende Beweis von der Lebensfähigkeit der alten politischen Parteien. So lange es Reichstagswahlen gibt, hat es nicht an Parteien gefehlt, welche die „Parteienhabe“ verneinlich und dieselbe zu geringeren unternehmen haben. Wenigstens den letzten Jahren ist es nicht ohne jeden neuerwerbigen Erfolg geblieben, so sieht sich doch lebend gegenüber der im letzten Jahre zu ungenügender Stärke angeschwollenen Strömung, welche an die Stelle der alten politischen Parteien „Wirtschaftsparteien“ zu legen trachtet. Der „Bund der Landwirthe“ wurde ausdrücklich gegründet zur Bekämpfung der Reichstagswahlen ohne alle Rücksicht auf die politische Parteistellung. Und dem Beispiele der Agrarier folgten kleine Kaufleute mit der Gründung einer „Leitungsverband“, „Mittelstandspartei“, während eine „Handwerkerpartei“ schon längst vorhanden war. Alle diese Organisationsunternehmen sind, selbständig in die Reichstagswahlen einzutreten, und sie haben sich daran auch durch die Erwägung, daß in dem gegenwärtigen Wahlkampfe alle wirtschaftlichen Sonderbestrebungen mehr als je gegen das allgemeine nationale Interesse hindern würden, nicht hindern lassen. Man kann jedoch nicht sagen, daß der Erfolg dem festgesetzten Auftreten entspricht, mit welchem sie in den Kampf gezogen sind. Lediglich der Bund der Landwirthe, dem die unzulängliche, halfertägige Organisation und sehr reiche Schmitt zur Verfügung standen, hat eine hervorragende Rolle gespielt; aber wirklich erfolgreich ist seine Tätigkeit nur da gewesen, wo er sich einer politischen Partei anschloß. Meistens ist auf diese Weise die Hilfe des Bundes den konservativen zugute gekommen, was ja von den eigentlich treibenden Kräften von vornherein beabsichtigt war. Wo die Kandidaten des Bundes ganz selbständig auftraten, wo es sich also recht eigentlich um die Bildung einer „Wirtschaftspartei“ handelte, sind sie meistens unterlegen. Und das ist, wie die „Nat. Rev.“ heute hervorhebt, sehr erwerlich.

Wären die Interessen großer nationaler Erwerbszweige — so freier dieselbe — ihren Einfluß auf die Gesetzgebung geltend zu machen suchen, das ist ihr gutes Recht. Aber den deutschen Reichstag, der in erster Linie die nationale Einheit zu bilden und die Harmonie der Interessen zu fördern berufen ist, in eine aus einer Anzahl einzelner Interessensvertretungen zusammengesetzte Körperlichkeit umzuwandeln zu wollen, würde nicht allein mit dem ganzen Geiste der Reichsverfassung in Widerspruch stehen, sondern auch den in ihnen Frieden und die geistliche Weiterentwicklung unserer jungen nationalen Staatsbürgers auf das Schwerste gefährden. Die einfache Verzicht auf die konstitutionellen Staatsverpflichtungen wird dem Emporkommen reiner Wirtschaftsparteien immer ein unüberwindliches Hinderniß entgegenstellen. Die alten politischen Parteien müssen einer Umgestaltung entgegengehen, sie aber durch rein wirtschaftliche Parteien zu ersetzen, ist unmöglich.

Der „parteilose“ Bund der Landwirthe veröffentlicht eine Liste von 58 bereits gewählten Abgeordneten, die bestimmt zugezagt haben, für die Fortdauern des Bundes einzutreten. Von diesen 58 gehören 39 der konservativen Partei, 6 der Reichspartei, 7 der Nationalliberalen (v. Wendt), 1, Volz, Pfalz, Heßberg, 1, Friedrichberg (1), v. Hoff, Niederhof, 2 den Polen, 3 dem Centrum und einer (Kühner, v. Senger) der Antikristen an. Weiter 64 Kandidaten haben zur Stichwahl, darunter auch Herr v. Bloch selber im Wahlkreise Sorau.

Die Stichwahlen sind sämtlich auf den 24. Juni angezigt. In Bayern findet die engere Wahl am 26. Juni statt, weil der 24. ein Festtag ist. An anderen Orten sind sie schon vor dem 24. Juni angezigt. So wird in Albstadt bereits am 22. Juni die Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Schwarz und dem Kandidaten der Liberalen Dr. Götz stattfinden. Am 23. Juni sind Stichwahlen in Leipzig zwischen Pfanz (Soz.) und Prof. Hoffe (natl.) in Frankfurt a. M. zwischen Schmidt (Soz.) und Döwlt (natl.), in Hanau zwischen Hoch (Soz.) und Strop (natl.), in Solingen zwischen Schumacher (Soz.) und Kömer (natl.), in Eberfeld zwischen Paron (Soz.) und Döhm (natl.-Soz.). Vermuthlich werden auch an anderen Orten die Stichwahlen noch auf diesen Tag verlegt werden. Die Mehrzahl der Stichwahlen wird aber am Sonntag stattfinden.

Eine allgemeine parteiunabhängige Anweisung über die Haltung bei den Stichwahlen wird seitens der nationalliberalen Parteileitung nicht erfolgen. Die Verhältnisse



Meteorologische Station in Halle. (Wetter).

Table with 3 columns: Date (20. Juni 6 H. ab., 21. Juni 7 U. m.), Barometer (749.4, 748.2), Thermometer (13.9, 13.9), Wind (SW, NW), etc.

Witterungsbericht für d. nächst. Tage l. mittl. Deutschl. Nach scheinbar Vorüberzuge einer barometrischen Depression mit etwas kühlerem und feuchtem Wetter ist im Nordwesten...

Handels- und Verkehrs-Nachrichten.

Die Generalversammlung der Vereinigten Pommerischen Eisensteiner und Maschinenfabrik setzte die Dividende auf 3% fest. Die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Senter...

Wasserstände. († bedeutet über, - unter Null.)

Table with 3 columns: Location (Atern, Brückenpegel, Weissenau, etc.), Date (19. Juni, 20. Juni), Water Level (0.24, 0.18, etc.), and Direction (↑, ↓).

Fahrtien vom 19. Juni.

Unstrut. Zwischen Freyburg und der Mündung, 0.70 m bei Niesnitz.

Waren- und Produktenberichte.

Getreide. Leipzig, 20. Juni. Weizen loco netto inländischer 160-165 M. bez. u. ausländischer... Zucker. Hamburg, 20. Juni. (Vormittagsbericht) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88%...

Petroleum.

Stettin, 20. Juni. Petroleum loco ruhig, Standard white loco 4.90 Br. per Aug. Dez. 4.95 Br. Hamburg, 20. Juni. (Schluss-Bericht) Raffinirtes Type weiss...

Produktenbörse zu New York.

Rother Winterweizen loco 72 1/2, Rother Weizen pr. Juni 72 1/2, per Juli 73 1/2, per Aug. 76, per Dez. 83 1/2. Kaffee Rio Nr. 7, P. H., loco 67, per Juli 15,40, per Sept. 15,15.

Produktenbörse zu Chicago.

Weizen pr. Juni 69 1/2, pr. Juli 69 1/2, Mais pr. Juni 32 1/2, Speck short clear non. Pork pr. Juli 20,15.

Leipziger Börse, 20. Juni.

Table with 3 columns: Instrument (3 Sachs. Rent.-Anl., 4 Staatsanl., etc.), Price (1000, 100, etc.), and Change (+, -).

Die Nachbörse schloss schwach.

Die Spekulation hatte in Erwartung von Deckungen für den flüchtigen Direktor der Weimarer Bank, August Sternberg, vorgekauft und realisierte heute in Lokalwerten, nachdem seitens der Interessenten bis nun zu Rückkäufen nicht geschritten wurde.

Kursnotierungen.

Large table with multiple columns listing various securities, bonds, and exchange rates. Includes sections for Eisenbahn-Stamm-Aktien, Deutsche Eisenbahn-Prioritäten, and Anleihen.

Eisenbahn-Stamm-Akt.

Table listing stock prices for various railway companies like Alsenb.-Zeits, Ansb.-Tepitz, etc.

Eisenbahn-St.-F. Akt.

Table listing preferred stock prices for railway companies.

Bank- u. Kredit-Akt.

Table listing bank and credit stock prices.

Ind.-Aktien Pr. und Stamm-Prior.

Table listing industrial stock prices.

Die Notation verantwortl. für den Inhalt...

Dr. Carl Winter für Notizen, Privatbank und Kontoführung Hermann Schaefer; für Berlin u. s. Robert Seifling, künftigtig in Halle.

Berliner Börse vom 20. Juni.

3 1/2proz. Konsole, Spohr, o. Deutsche Bank, Diskontog-Gesellschaft, Mülbacher, Röhren, Ostpreußen, Prince Heribrain, Russische...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

Produktenmarkt.

In sämtlichen Getreidegattungen hat die kurze Zurückhaltung die Preisbewegung ungünstig beeinflusst...

